

Operation Handelsabkommen: Trump greift Europa an

Die EU wird erneut angegriffen werden, und mit ihr dieses Modell von Europa, das nun sein Ende gefunden hat.



3. Mai 2026 | Lorenzo Maria Pacini

In der Offensive, ja, aber wie viel ist der europäische Markt den USA wert?

Für manche mag dies überraschend gekommen sein, für andere nicht. Donald Trump kündigte am 1. Mai, dem Labor Day, auf Truth an, dass die EU mit einer Erhöhung der Zölle um 25 Prozent rechnen müsse, da sie dem von den USA angestrebten Handelsabkommen nicht beigetreten sei. Die in Trumps Beitrag dargelegte Begründung bezieht sich auf die massiven Investitionen in die Automobil- und Schwerlastfahrzeugproduktion, wobei Trump warnt, dass bei einer Produktion in den USA keine Zölle anfallen würden, und er präzisiert, dass europäische Unternehmen bereits mehr als 100 Milliarden Dollar investiert hätten. Kurz gesagt: Trump sagt der EU, dass sie, wenn sie das Überleben des Fahrzeugbaus sichern wolle, ihre Produktion in die USA verlagern und Arbeitsplätze für Amerikaner schaffen müsse.

Um die Tragweite der angekündigten Entscheidung zu verstehen, müssen wir von einer grundlegenden Tatsache ausgehen: dem wirtschaftlichen Gewicht der europäischen Präsenz in den USA. Unternehmen aus der EU sind einer der wichtigsten Motoren der US-Wirtschaft, was ausländische Direktinvestitionen angeht. Jüngsten Schätzungen zufolge belaufen sich die Investitionen aus Europa in den USA auf insgesamt weit über 2 Billionen US-Dollar, wobei ein erheblicher Schwerpunkt auf den Bereichen Fertigung, Automobilindustrie und Technologie liegt.

Trump's Verweis auf die „100 Milliarden Dollar“, die in den Verkehrssektor investiert wurden, ist daher nur ein Bruchteil eines viel umfassenderen Phänomens. Europäische Automobilhersteller –

darunter deutsche, französische und italienische Konzerne – produzieren nicht nur bereits einen erheblichen Teil ihrer Fahrzeuge in den USA, sondern tragen auch wesentlich zur lokalen Beschäftigung bei. Produktionsstätten in Bundesstaaten wie South Carolina, Alabama und Tennessee beschäftigen Hunderttausende amerikanischer Arbeitnehmer und generieren damit erhebliche wirtschaftliche Aktivität.

Darüber hinaus stellt der US-Markt eine entscheidende Gewinnquelle für europäische Unternehmen dar. Die USA gehören zu den wichtigsten Zielmärkten für europäische Exporte, deren jährliches Volumen 500 Milliarden Euro übersteigt. Diese Beziehung ist jedoch wechselseitig, da auch US-Unternehmen enorm vom Zugang zum europäischen Markt profitieren, der einen der größten und wohlhabendsten Verbrauchermärkte der Welt darstellt.

Die in Trumps Aussage implizierte Vorstellung – dass die EU einseitig von den USA abhängig sei – ignoriert daher die tiefgreifende Wechselbeziehung dieser wirtschaftlichen Beziehung, oder sie bedeutet etwas anderes, etwas Tieferes. Aber gehen wir der Reihe nach vor.

Schmutzige Zölle

Die Ankündigung vom 1. Mai ist kein Einzelfall, sondern Teil einer umfassenderen Zollstrategie, die Donald Trump seit Beginn seiner zweiten Amtszeit verfolgt. Tatsächlich hat Trump seit den ersten Monaten seiner neuen Amtszeit eine aggressive Handelspolitik wieder aufgenommen und dabei Maßnahmen wiederbelebt und ausgeweitet, die er bereits während seiner ersten Amtszeit im Weißen Haus erprobt hatte. Wie wir bereits in früheren Artikeln erläutert haben, wird das Marktgleichgewicht heute durch Tweets, Posts und eindrucksvolle Bilder verschoben, was den Markt dank digitaler Verbindungen dazu zwingt, sich praktisch in Echtzeit anzupassen.

Trumps Ankündigung muss daher in erster Linie im Kontext eines Informationskrieges gesehen werden, noch bevor man von einem Wirtschaftskrieg spricht. Es ist nicht zwangsläufig so, dass eine solche Ankündigung tatsächlich Handelsabkommen ändern wird, während es sicher und unvermeidlich ist, dass sie Medienberichterstattung mit erheblichen politischen Konsequenzen nach sich ziehen wird.

Zu den wichtigsten Maßnahmen, die bislang im Rahmen von Trumps Zollstrategie ergriffen wurden, zählen in erster Linie die Wiedereinführung und Ausweitung von Zöllen auf Stahl und Aluminium – Maßnahmen, die mit Gründen der nationalen Sicherheit gerechtfertigt wurden – und die mehrere europäische Länder unmittelbar betroffen haben; dazu kommen Zölle auf europäische Industrie- und Agrarprodukte, darunter auch Güter mit hoher Wertschöpfung wie Maschinen, Weine und Luxusprodukte. Gleichzeitig wurde Druck ausgeübt, verschiedene bilaterale Abkommen zu ändern, wobei Trump wiederholt versucht hat, den Rahmen der EU zu umgehen, indem er direkte Verhandlungen mit einzelnen Mitgliedstaaten vorschlug.

Wenn wir einen Moment innehalten, um uns ein umfassendes Bild von diesem Angriff – oder besser gesagt, diesen wiederholten und kalkulierten Schlägen gegen das europäische System – zu machen, können wir erkennen, dass der Präsident nach und nach die für die europäische Autonomie wesentlichen Schlüsselproduktionssektoren sowie deren historische Stärken ins Visier genommen hat. Aber lassen Sie uns zumindest vorerst darüber hinausblicken.

Diese Entwicklung verdeutlicht eine klare ideologische Kontinuität: Der internationale Handel wird nicht als kooperatives System auf der Grundlage gemeinsamer Regeln verstanden, sondern als Wettbewerbsarena, in der die USA ihren Vorteil durch Zwangsmaßnahmen maximieren müssen, oder, wenn man so will, als ein System, in dem bestimmte Maßnahmen der USA letztlich ganze Einfluss-, Macht- und Handelssphären neu definieren.

Die Einführung von Zöllen in Höhe von 25 Prozent wird unweigerlich erhebliche Folgen für die europäische Wirtschaft haben; so viel ist klar. Wir werden sehen, ob und wie sie umgesetzt werden – Trump bräuchte die Zustimmung des Kongresses und könnte nicht allein handeln –, aber schauen wir uns in der Zwischenzeit an, wo und wie der Schlag treffen könnte:

- Geringere Wettbewerbsfähigkeit: Europäische Produkte werden auf dem US-Markt an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, was lokale Hersteller oder solche aus Ländern begünstigt, die keinen Zöllen unterliegen.
- Rückgang der Exporte: Ein Nachfragerückgang in den USA könnte zu einem Rückgang der Industrieproduktion in Europa führen.
- Druck auf die Beschäftigung: Arbeitsintensive Branchen wie die Automobilindustrie könnten mit Personalabbau konfrontiert sein.
- Neuordnung der Wertschöpfungsketten: Einige Unternehmen könnten zwar erwägen, ihre Produktionspräsenz in den USA auszubauen, doch dies wäre mit hohen Kosten und einem langen Zeitrahmen verbunden.

Die Auswirkungen werden jedoch nicht überall gleich sein. Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien, die stark in den transatlantischen Handel eingebunden sind, werden besonders stark betroffen sein; und es ist vielleicht kein Zufall, dass dies genau die Länder sind, die dem politischen Kurswechsel der USA derzeit am feindlichsten gegenüberstehen und gleichzeitig am stärksten von der britischen Krone abhängig sind. Gleichzeitig könnte die EU mit Zollgegenmaßnahmen reagieren und damit eine Spirale von Handelsvergeltungsmaßnahmen auslösen, die für beide Volkswirtschaften potenziell schädlich wäre, obwohl dieser Weg eine katastrophale Option darstellt, da sie sich bereits vom russischen Markt abgeschnitten hat.

Was wäre, wenn es sich um einen Schritt handelte, um einen Krieg gegen Russland zu verhindern?

Einer der wesentlichen Aspekte dieser Entscheidung betrifft ihre geopolitischen Auswirkungen, insbesondere vor dem Hintergrund des Konflikts mit Russland. Die EU unternimmt derzeit erhebliche wirtschaftliche und militärische Anstrengungen, um Kiew durch Finanzhilfen, militärische Lieferungen und Sanktionen gegen Moskau zu unterstützen. Eine riesige Geldwäschemaschine. Die Einführung neuer Zölle durch die USA birgt die Gefahr, dieses Engagement in mehrfacher Hinsicht zu untergraben: Sie würde zu wirtschaftlicher Schwäche und einem Rückgang des europäischen Wachstums führen, was die für die Unterstützung der Ukraine verfügbaren Ressourcen betrifft; sie würde die politische Fragmentierung verstärken, da Handelsspannungen mit Washington die internen Spaltungen innerhalb der EU verschärfen könnten; und vor allem wäre sie eine erhebliche Ablenkung für die europäischen Regierungen, die gezwungen wären, sich auf innenpolitische Wirt-

schaftskrisen zu konzentrieren, wodurch ihre Aufmerksamkeit für die Außenpolitik abnehmen würde.

Anders ausgedrückt: Die Aussicht, innerhalb weniger Jahre einen Krieg gegen Russland zu führen, würde zu einer sehr unwahrscheinlichen Möglichkeit werden. Ohne Geld lässt sich kein Krieg führen.

In diesem Sinne lässt sich Donald Trumps Vorgehen als eine Form wirtschaftlicher Soft Power interpretieren, die zwar keinen direkten Angriff darstellt, aber dennoch erheblichen Druck auf einen strategischen Verbündeten ausübt und dessen Handlungsfähigkeit auf der internationalen Bühne beeinträchtigt.

Diese Dynamik erscheint besonders problematisch, wenn man bedenkt, dass die USA und die EU – zumindest formal – gemeinsame Ziele bei der Eindämmung des russischen Einflusses verfolgen, ganz zu schweigen von der hohen Zahl europäischer Länder, die direkt in der NATO vertreten sind (praktisch alle).

Die Verhängung von Zöllen in einem geopolitisch so heiklen Moment wirft daher Fragen hinsichtlich der Kohärenz der traditionellen amerikanischen Strategie auf, steht jedoch vollkommen im Einklang mit der Vision, die Trump dem neuen amerikanischen Kurs aufprägt. Selbst im Hinblick auf die NATO würde dieser Ansatz den Zerfall des atlantischen Bündnisses begünstigen, London und seinen Verbündeten einen schweren Schlag versetzen und Washingtons Opposition gegen das alte „Mutterland“ sowie dessen Loslösung davon noch verstärken.

Die EU wird erneut angegriffen werden, und mit ihr dieses Modell von Europa, das nun sein Ende gefunden hat.